



## Antrag

—

Fraktionen CDU, SPD und FDP

### **Verkürzung ausufernder Planungszeiten in Deutschland - Straffung von Genehmigungsverfahren für alle Infrastrukturvorhaben**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag von Sachsen-Anhalt erkennt die Notwendigkeit an, Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturvorhaben zu straffen und deutlich zu beschleunigen. Er bittet die Landesregierung im I. Quartal 2023 dem Landtag über die Ergebnisse des „Bund-Länder-Paktes zur Planungsbeschleunigung“ zu berichten. Zu diesem Zweck sollen auch entsprechende Potenziale der Landesgesetzgebung aufgezeigt werden.
2. Die von der Bundesregierung angedachten Planungsvereinfachungen müssen über das Thema Energieversorgung hinaus erweitert werden. Es bedarf einer wirksamen Straffung der Genehmigungsverfahren für alle Infrastrukturvorhaben. Hierzu zählen insbesondere der Ausbau moderner Informations- und Kommunikations-Infrastruktur, die Sanierung und der Neubau von Eisenbahntrassen inklusive Elektrifizierung, von Brücken und Straßenbau sowie von Gewerbe/Industriegebieten und der Anschluss an den ÖPNV/SPNV. Hierzu wird die Landesregierung gebeten, Initiativen auf Bundesebene zu ergreifen und in eigener Zuständigkeit ebenfalls Vorschläge zu erarbeiten.
3. Der Landtag unterstützt Bemühungen zur Digitalisierung der Planungs- und Genehmigungsverfahren.
4. Die Landesregierung wird gebeten, landeseigene Liegenschaften auf ihre Tauglichkeit zur Einbringung in ein zentrales Flächenpool zu prüfen, die zeitnah für Kompensationsmaßnahmen aktiviert werden können.
5. Der Landtag stellt fest, dass eine europarechtskonforme Wiedereinführung der materiellen Präklusion im Interesse des Landes Sachsen-Anhalts liegt.

6. Die Landesregierung wird gebeten einen Normenkontrollrat einzusetzen, der eine Gesetzesfolgenabschätzung vornimmt und die Rechtssetzung in Sachsen-Anhalt auf Möglichkeiten der Bürokratievermeidung und des Bürokratieabbaus bewertet.
7. Die Landesregierung wird gebeten dem Landtag zu berichten, welche Konsequenzen sie aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppe Bürokratieabbau im Bereich der Fördermittelbewirtschaftung zieht.

### **Begründung**

Der Bund beabsichtigt eine Straffung und Verkürzung der Genehmigungsverfahren, um schneller vom russischen Gas unabhängig zu werden und mittels LNG und Erneuerbaren Energien Versorgungssicherheit aufzubauen. Ebenso sollen Planungsprozesse für WKA beschleunigt werden.

Die Vereinfachung und Verkürzung der Verfahren ist zu begrüßen, muss aber dringend für alle Infrastrukturvorhaben gleichermaßen erfolgen. Sonst wird der wichtige Aufholprozess in der Modernisierung Deutschlands Infrastruktur nicht gelingen.

Bund und Länder müssen schnell eine wirksame Straffung der Verfahren erreichen. Eine Verbesserung nur für LNG-Terminals und Windkraft wäre unzureichend. Glasfaserausbau, 5G-Ausbau, Brücken, Straßen, Bahnstrecken brauchen jetzt eine spürbare Beschleunigung bei Planung und Genehmigung.

Guido Heuer  
Fraktionsvorsitz CDU

Dr. Katja Pähle  
Fraktionsvorsitz SPD

Andreas Silbersack  
Fraktionsvorsitz FDP